

# Wirtschaft

**Pensionskassen  
Swisscanto  
fordert Senkung  
der Renten.**

36

<b>SMI</b>	8826 Punkte	+0.24%
<b>Dow Jones Ind.</b>	17157 Punkte	+0.15%
<b>Euro Stoxx 50</b>	3237 Punkte	+0.49%

Euro in Franken	1.211	+0.18%
Dollar in Franken	0.936	+0.14%
Euro in Dollar	1.294	+0.03%
GB-Pfund in Franken	1.526	+0.71%
Bundesobligationen 10 J. in %	0.50	-1.2 Bp
SNB-Libor 3 Mt. in %	0.0050	0.000 Bp
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	98.68	-0.08%
Gold (Unze) in Dollar	1236.20	+0.21%
Silber (Unze) in Dollar	18.60	-0.48%

## Coca-Cola bleibt in der Schweiz teurer

Der Nationalrat lehnte die Revision des Kartellgesetzes ab. Was die wirtschaftsfreundlichen Vertreter als Versenkung eines «Monsters» feiern, tadeln die Befürworter als schlecht für die Konsumenten.

Michael Soukup

Gestern war für Maurus Ebner ein rabenschwarzer Tag. Seine Vorfreude war gross, dass die Basler Wirte bald Coca-Cola und Bier regulär und billiger bei den deutschen und französischen Abfüllern kaufen könnten. Der Delegierte des Vorstands des Wirtverbandes Basel-Stadt war sogar bereit, die Getränke jeweils mit eigenen Lastwagen im nahen Ausland abzuholen. Doch die Franzosen und Deutschen reagierten bisher abweisend und wollten nicht zu den dort üblichen Preisen verkaufen. So erforderten die Importaktionen einiger Gross- und Detailhändler viel Ideenreichtum und auch ein bisschen subversives Verhalten.

Deshalb hatte Maurus Ebner den Vorschlag der «relativen Marktmacht» für die Revision des Kartellrechts unterstützt. Danach hätten Coca-Cola und andere internationale Markenartikelhersteller gezwungen werden können, Schweizer Abnehmer im Ausland zu den gleichen Konditionen zu beliefern. Für den Tatbestand der relativen Marktmacht hätte im Extremfall gereicht, dass ein vergleichsweise kleiner Nachfrager vom grossen Anbieter abhängig ist.

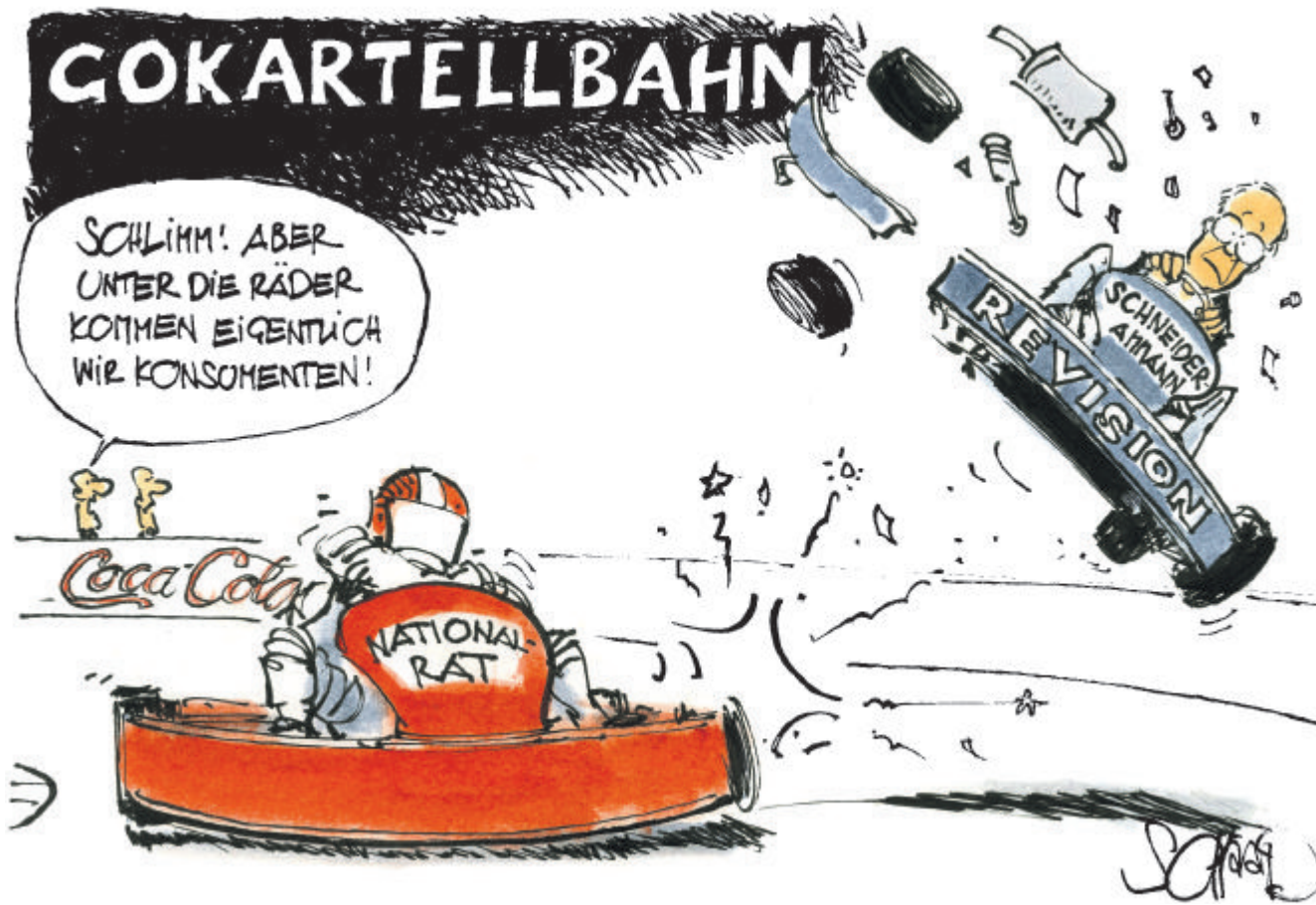
Gleichzeitig wäre auch der Druck auf die Wettbewerbskommission gestiegen. Denn heute sind die Hürden viel höher: Ein marktmächtiges Unternehmen wird nur gebüsst, wenn es eindeutig «marktbeherrschend» ist und diese Stellung «missbraucht». Doch dies galt auch nur theoretisch: Zwei Jahre nachdem die Basler Wirte geklagt haben, hat die Weko noch immer nicht herausgefunden, ob Coca-Cola eine marktbeherrschende Stellung hat.

### Konzernfreundliche Gewerbler

Eingebracht hatten den Vorschlag gestern ins Bundesparlament der Freiburger CVP-Nationalrat Dominique de Bumann mithilfe von Konsumentenschützerin Prisca Birrer-Heimo (SP, LU), Andrea Caroni (FDP, AR) und Kathryn Bertsch (Grünliberale, BE). Der Nationalrat war aber nicht einmal bereit, auf die Revision des Kartellrechts einzutreten und sie zu diskutieren. Er lehnte das Anliegen mit 99 zu 80 Stimmen bei 12 Enthaltungen ab. Dagegen war eine Allianz bestehend aus SVP, BDP, teils der CVP, der Grünen und linken Gewerkschaftsvertretern. Nur die Grünliberalen stimmten geschlossen für ein Eintreten. «In der Frage der zwischenstaatlichen Preispolitik sind wir vom Gewerbeverband sehr enttäuscht. Er vertritt einseitig die Interessen der Konzerne und Grossimporteure», sagt Ebner.

Tatsächlich wetteten die Gewerbevertreter im Rat am heftigsten gegen die Vorlage. Es ging ihnen aber nicht nur darum, dass der Importzwang für Bestellungen gleicher Güter nicht ins Kartellgesetz kommt. Zusammen mit dem Wirtschaftsdachverband Economiesuisse und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund machten sie auch Stimmung gegen die Professionalisierung der Weko. So hätte die Weko von 12 auf 7 verkleinert werden sollen - und damit wären die Interessenvertreter rausgefliegen.

Deshalb macht der ehemalige Preisüberwacher Rudolf Strahm auch den Wirtschaftsminister für das Scheitern der Vorlage mitverantwortlich: «Bundesrat Johann Schneider-Ammann war nicht in der Lage, einen mehrheitsfähigen Kompromiss vorzulegen.» Im Unter-



schied dazu habe der frühere Wirtschaftsminister Pascal Couchepin, so Strahm, bei der ersten Revision des Kartellrechts im Jahr 1998 realisiert, dass die gesamte Vorlage an diesem Thema scheitern würde, und deshalb die Reduktion der Weko wieder rausgenommen.

Während wirtschaftsfreundliche Vertreter sich über die Versenkung des «interventionistischen Monsters» (SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz) nun freuen, klagen die Konsumentenschützer:

«Mittels Kartellabsprachen werden Märkte weiterhin abgeschottet und Parallelimporte verhindert», so SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo. Enttäuscht ist auch Hotelleriesuisse. «Die Bekämpfung der Hochpreisinsel hat für uns nach wie vor höchste Priorität. Wir werden uns in diesem Bereich proaktiv einsetzen», sagt Geschäftsleitungsmitglied Marc Kaufmann.

Vor einem Scherbenhaufen steht aber vor allem Bundesrat Schneider-Ammann.

Für ihn war es die wichtigste Vorlage dieser Legislatur - und nun dieser Totalabsturz. Die Revision des Kartellgesetzes hatte bereits mehrere Jahre Vorlaufzeit, bevor der Nationalrat diesen Frühling zum ersten Mal beschloss, darauf nicht einzutreten. Der Ständerat hielt hingegen im Juni an der Revision fest, sodass die vorberatende Kommission mit dem Kompromiss «relative Marktmacht» die Vorlage zu retten versuchte.

Kommentar Seite 2

Versenkung der Kartellrechtsrevision

### «Der Bundesrat verlor die Kontrolle über die Revision»

Patrick Krauskopf, ehemaliger Vizepräsident der Weko, übt Kritik am Bundesrat.

Mit Patrick Krauskopf sprach Christian Zürcher

Der Nationalrat hat die Revision des Kartellrechts versenkt. Was halten Sie davon?

Keine Revision ist besser als eine schlechte. Obschon ein Revisionsbedarf vorhanden wäre.

Das revidierte Kartellrecht wäre also ein schlechtes gewesen?

Es wäre zumindest ein inkonsistentes gewesen. Zunächst war geplant, den durch Kartellvergehen Geschädigten - etwa Konsumenten - die Möglichkeit zu geben, überhaupt an Schadenersatz zu kommen. Das ist heute nicht möglich. Weiter ist heute die Wettbewerbskommission (Weko) Untersuchungsbehörde und Richter zugleich. Dies entspricht nicht den Standards eines Rechtsstaats. Die Einführung eines Wettbewerbsgerichts hätte diesen Mangel beseitigt. Schliesslich hätten neue Kriterien bei der Beurteilung von Firmenfusionen die Schweiz auf internationales Niveau gebracht. Diese an sich sinnvollen Ver-

besserungen wurden in der politischen Debatte durch nicht ganz durchdachte Vorschläge in den Hintergrund gedrängt.

Was ist schiefgelaufen?

Der Regierung ist es nicht gelungen, den Reformbedarf verständlich zu erklären. Dies hat dazu geführt, dass der Bundesrat und die Verwaltung die Kontrolle über den Revisionsprozess verloren haben und die Parteipolitik die Debatte dominiert hat. Das Resultat war ein Flickwerk an inkonsistenten Ergänzungen.

Welche Ergänzungen sprechen Sie an?

Politiker wollten die Weko mit der Kartellgesetzrevision zum Kontrollieren und Korrigieren von Preisen verpflichten. Mit dem Ziel, die Konsumentenpreise zu senken. Eine derartige Politik



**Patrick Krauskopf**  
Der Professor an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) war zwischen 2001 und 2009 Vizedirektor der Wettbewerbskommission (Weko).

verträgt sich schlecht mit einer liberalen Wirtschaftsordnung. Zudem wurde das Instrument «Teilkartellverbot» undifferenziert ausgearbeitet. Horizontale und vertikale Absprachen können nicht mit den identischen Regeln beurteilt werden. Während horizontale Preiskartelle - also Absprachen zwischen Konkurrenten - grundsätzlich immer schädlich sind und deshalb verboten werden können, muss bei vertikalen Vertriebsverträgen differenziert werden. Diese fördern den Wettbewerb in der Regel.

Die SP sprach von einer verpassten Chance auf billigere Preise. Hätte der Konsument nicht profitiert?

Die Vorschläge, die auf dem Tisch lagen, hätten möglicherweise den Bezug im Ausland erleichtert. Ob aber die besseren Einkaufskonditionen tatsächlich an den Konsumenten weitergegeben worden wären, ist eine ganz andere Frage. Basler Wirte etwa importierten unlängst Getränke direkt aus Deutschland, gaben aber den Preisvorteil nicht an die Konsumenten weiter. Das geltende Recht reicht zudem aus, um den bestehenden wettbewerbsrechtlichen Bedenken in Märkten mit wenig Konkurrenten entgegenzutreten. Es würde der Weko erlauben, zum Beispiel die Marktmacht des Duopols von Migros und Coop einzudämmen.

## Sulzer verhandelt mit US-Konzern über eine Fusion

Dresser-Rand gilt als Übernahmekandidat. Interessiert sein soll auch Siemens - der frühere Arbeitgeber des Sulzer-Präsidenten.

Im Maschinenbau zeichnet sich eine Elefantenhochzeit ab. Sulzer führt derzeit Fusionsgespräche mit dem US-Konzern Dresser-Rand. Sulzer bestätigte am späten Mittwochnachmittag entsprechende Informationen der «Handelszeitung». Laut Sulzer handelt es sich um nicht exklusive Gespräche. Es sei somit nicht garantiert, dass die Gespräche tatsächlich zu einer Fusion führen würden. Sulzer werde zu den Gesprächen nicht weiter Stellung nehmen, bis eine Vereinbarung getroffen sei. Dresser-Rand wollte sich gar nicht äussern.

Käme eine Fusion zustande, würde ein Konzern mit über 5 Milliarden Franken Umsatz und 20 000 Mitarbeitenden entstehen. Sulzer und Dresser-Rand stellen Kompressoren und Pumpen für das Öl- und Gasgeschäft her. Verwaltungsratspräsident des neuen Konzerns soll laut der «Handelszeitung» Peter Löscher werden. Löscher präsidiert den Sulzer-Verwaltungsrat und ist Delegierter der Beteiligungsgesellschaft Renova, die 33 Prozent an Sulzer besitzt. Renova ist die Beteiligungsfirma des russischen Milliardärs Viktor Vekselberg, der laut «Handelszeitung» an den Fusionsgesprächen teilnimmt. Delegierter des Verwaltungsrates solle Vincent Volpe werden, derzeit Konzernchef von Dresser-Rand. Noch sei offen, wo die neue Gesellschaft ihren Sitz haben werde. Derzeit laufe das Verfahren der Buchprüfung. Die Transaktion soll im 1. Quartal 2015 abgeschlossen werden.

Dresser-Rand beschäftigt 8100 Mitarbeitende. Das Unternehmen verfügt über 14 Produktionsstätten in acht Ländern. Die beiden Hauptsitze befindet sich in Houston (Texas) und in Paris. Das Unternehmen blickt auf eine jahrhundertelange Tradition im Kompressorenbau zurück. Der US-Konzern erzielte 2013 einen Umsatz von 3,03 Milliarden Dollar. Unter dem Strich resultierte ein Gewinn von 168 Millionen Dollar. Sulzer wies für 2013 einen Umsatz von 3,96 Milliarden Franken und einen Gewinn von 234,4 Millionen aus.

Tritt Löscher gegen Siemens an?

Dresser-Rand gilt in der Branche seit über einem Jahr als Übernahmekandidat. Im August berichtete die Nachrichtagentur «Bloomberg», dass der US-Konzern die US-Investmentbank Morgan Stanley engagiert habe, um die Offerten mehrerer Kaufinteressenten zu prüfen. Als Favorit wurde damals allerdings Siemens gehandelt. Der deutsche Konzern soll demnach schon seit mindestens 2011 um Dresser-Rand buhlen. Das wäre auch deshalb interessant, weil Sulzer-Präsident Löscher zwischen 2007 und 2013 als Konzernchef von Siemens amtierte - und in dieser Funktion in allfällige Gespräche zwischen Dresser-Rand und Siemens involviert gewesen wäre.

Die Sulzer-Aktien legten 1,7 Prozent zu und wurden beim Stand von 125.80 Franken kurz vor Schweizer Börsenschluss vom Handel ausgesetzt. Zeitgleich schoss die Dresser-Rand-Aktie um bis zu 10 Prozent in die Höhe. Danach bröckelten die Gewinne aber wieder ab. Zum US-Börsenschluss lagen die Aktien noch 7,26 Prozent im Plus. (aba/SDA)

Anzeige

Swiss Leadership Forum  
Das Wirtschaftsforum in Zürich

6. November 2014  
Kongresshaus Zürich

Top-Referenten zum Thema  
«Mut & Dynamik»

Jetzt registrieren unter  
www.swissleader.ch/registration



Presenting Partner

sgv usam



Gold Partner



Platin Partner



Weitere Partner



Komplette Partner-Liste unter: swissleader.ch/partner